

Wissenschaftliche Konfession.

Dresden, den 5. Dezember 1907.

Es besteht seit einigen Jahren der Unfug, minderwertige Ware als Resultat wissenschaftlicher Forschung durch billige Ausgaben unter das Volk zu bringen...

Kunmehr traten Männer erfrischer Wissenschaft zu einer Gegen gründung zusammen; sie gaben ihr den Namen des großen christlichen Naturforschers Johannes Kepler...

An der konstituierenden Versammlung, die am 25. November in Frankfurt a. M. stattfand, waren hervorragende Männer aus allen Teilen Deutschlands erschienen...

Nach einem kurzen einleitenden Worte von Konfessionsrat Wähling übernahm Senatspräsident von Einem die Leitung der Verhandlungen. Dr. Dennert führte in seiner prinzipiellen Eröffnungsrede etwa folgendes aus: Jeder aufmerksam Beobachter unserer Zeit sieht es klar vor Augen, daß unser Volk in Gefahr steht...

Ueber die bisherige Geschäftsführung des Bundes berichtete Herr Leudt. Frankfurt. Er schilderte das Werden des Bundes, der seit Juli dieses Jahres von kleinen Anfängen auf 641 Mitglieder mit 11 500 Mark Jahresbeiträge angewachsen ist...

Es folgte die Beratung des vorgelegten Zahlungsentwurfes, der mit kleinen Änderungen einstimmig angenommen wurde, sodann die Bildung des Kuratoriums. Gewählt wurden die Herren: Dr. Verberich, Professor der Astronomie, Berlin; Dr. Verendt, Geheimer Berater, Professor der Geologie, Berlin; Dr. A. Braß, Zoologe, Godesberg; Dr. Dennert, Oberlehrer am Pädagogium, Godesberg; Dr. Bruner, Professor der Physik, Bern; Dr. Hartwig, Professor, Direktor der Sternwarte, Bamberg; Dr. Am, Geheimer Rat, Professor der Botanik, Berlin; Dr. Reinke, Geheimer Rat, Professor der Botanik, Kiel; Dr. Zacharias, Professor, Direktor der biologischen Station, Rön; Dr. Rein, Geheimer Rat, Professor, Bonn; Dr. Steinecke, Realgymnasialdirektor, Essen, Dr. Koder, Professor der Chirurgie, Bern; Dr. Müller, Professor, Stuttgart; Dr. D. Schmidt-Meyler, Professor, Wirklicher Geheimer Rat, Ergenzeln, Frankfurt a. M.; Prinz Schönau, Carlsbad; Dr. Vossou, Geheimer Rat, Professor der Philosophie, Berlin; von Einem, Senatspräsident am Oberlandesgericht, Frankfurt a. M.; Dr. Ernst, Konsistorialpräsident, Wiesbaden; E. Meyer, Justizrat, Tilsit; Dr. Koscher, Ministerialdirektor, Dresden; Dr. Horn, Professor, Geheimer Justizrat, Bonn; Georg Flemming, Lehrer, Schmiedestern a. D., Göbel, Professor, Geheimer Rat, Gumnasialdirektor a. D., Bonn; Hauptlehrer Grünweller, Mühlheim a. Ruhr; Dr. Baumeister, Pro-

fessor, Geheimer Oberbaurat, Karlsruhe; D. Seifert, Generalinspektor, Posen; W. Leudt, Pfarrer, Frankfurt a. M.; G. Conge, Geheimer Kommerzienrat, Langenberg; Paul Kocher, Stuttgart; Max Schindler, Präsident der Handelskammer, Hamburg; F. A. Spieder, Direktor, Berlin.

Zum Vorsitzenden des Kuratoriums wurde Geheimer Justizrat Professor Dr. Horn-Bonn gewählt. Der Bund hat bis auf weiteres seinen Sitz in Bonn.

In der Nachmittagsitzung entwickelte Pfarrer Leudt den Finanzplan für die nächste Zukunft, der mit einer Einnahme von etwa 27 000 Mark und mit einer Ausgabe von etwa 25 500 Mark rechnet. Dr. Seigauer führte zur prinzipiellen Umgrenzung der Arbeit des Bundes etwa folgendes aus:

Die Entstehung und Entwicklung des Keplerbundes steht in dem Rahmen einer bestimmten Weltanschauung, des Theismus. Er ist der Überzeugung, daß wahres Wissen nicht vom Theismus weg, sondern erst recht zu ihm hinführt. Dadurch erwächst dem Bunde die Pflicht sorgfältigster, naturwissenschaftlicher Arbeit. Er befindet sich jedoch dabei in keinem Gegensatz zu der Naturwissenschaft. Die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung bleibt ebenso gewahrt, wie die Verächtigung der Hypothese innerhalb der Wissenschaft voll und ganz anerkannt wird. Ohne die Verächtigung auch anderer Wege zu verlernen, sucht der Keplerbund die Verbreitung des Theismus durch Förderung der Naturerkenntnis in unserem Volke zu erreichen. Es ist eine Irreführung unseres Volkes, Hypothesen, die innerhalb der Wissenschaft ihre Verächtigung haben, aber auch dementsprechend bewertet werden, als positive Wissenschaft zu popularisieren, auf ihnen eine Weltanschauung aufzubauen und von diesem Standpunkte aus den Gottesglauben als mit den Ergebnissen der modernen Wissenschaft nicht mehr im Einklang stehend und daher nicht mehr als erziehungsberühmend hinzustellen. Die Abwehr derartiger Grenzüberbreitungen über das Gebiet der reinen Naturwissenschaft hinaus schreibt dem Keplerbunde keine weitere Arbeit in der Öffentlichkeit vor.

Dr. Dennert beantwortete die Gründung einer naturwissenschaftlichen Korrespondenz und einer eigenen Zeitschrift. Er erläuterte den Plan der Herausgabe von „Naturwissenschaftlichen Zeitfragen“, mit der vom nächsten Januar ab begonnen werden soll. Direktor Horn machte bezüglich der von örtlichen und sachlichen Organisationen zu betreibenden Propaganda Vorschläge. In der folgenden lebhaften Diskussion wurde besonders auf die Notwendigkeit von Kursen für Seminaristen, Gumnasialisten, Studenten und Arbeiter, ferner der Herausgabe einer wohlfeilen naturwissenschaftlichen Volksbibliothek und einer energischen Tätigkeit der Ortsgruppen hingewiesen.

Ein großes Ziel hat sich mit diesem Programm der „Keplerbund“ gesetzt. Er bietet den protestantischen Gelehrten ohne Engergigkeit Raum zur erfolgreichen Arbeit. Wie es vorauszu sehen war, hat die Gründung die erbitterteste Feindschaft unter den Anhängern Säckels und der Monisten hervorgerufen. So veröffentlicht die „Kosmos-Korrespondenz“ (1907, S. 11) eine Notiz unter dem Stichworte „Konfession und Naturwissenschaft“, in der als der Zweck des Bundes die „Verbreitung kirchlich genehmigter Naturwissenschaft“ genannt wird, und es weiter heißt: „Vielleicht erleben wir auch noch die Begründung von Universtitätsprofessuren für katholische Botanik, protestantische Mineralogie, methodistische Anatomie, israelitische Psychologie usw. Und da sage man noch, Deutschland marschiere nicht an der Spitze der Kultur. Uebrigens werden uns die Herren auf unserem Posten finden.“

Die Herren vom „Kosmos“ stellen da voraussetzungslos Behauptungen auf. Von konfessioneller Naturwissenschaft sprachen weder der Kurat oder die Redner des Keplerbundes. Im übrigen würden sie, wenn sie es täten, nichts anderes tun, als was Meister Säckel fortgesetzt tut, indem er von einer monistischen Naturwissenschaft, einer monistischen Astronomie, Geologie usw. spricht. Weder die katholische Gesellschaft für Naturwissenschaft und Psychologie noch der neue Keplerbund reden von einer konfessionellen Naturwissenschaft. Beide Vereinigungen wollen bloß dem Unfuge der Säckelkauer entgegenzutreten, welche Vermutungen, Hypothesen und Träume dem Volke als Ergebnisse der Naturforschung predigen. Sie wollen zeigen, was wahre Naturwissenschaft ist, und durch dies Wissen dem Volke die Waffen in die Hand geben, den monistischen Unfug selbst aburteilen zu können.

Sächsischer Landtag.

Dresden, den 5. Dezember 1907.

Zweite Kammer.

Abg. Langhammer findet eine gewisse Angstlichkeit in der Bestimmung des Gesetzentwurfes, um die Ueberleitung durch die Sozialdemokratie zurückzudrängen. Die Sozialdemokratie könne man nur überwinden durch ein zweckmäßiges Regiment im Lande und durch ein größeres politisches Interesse der bürgerlichen Bevölkerung. Das Parteisystem sei eine absolute Notwendigkeit in jedem Kulturstaate. In dem Staate, wo die Parteien größeren Einfluß auf die Regierung haben, finde man nur größervollständige Parteigruppen. Die Abgeordneten seien Vertreter ihrer Wählerschaft und müßten vermittelnd wirken zwischen der Regierung und ihren Wählern, sie seien also mit der Regierung gleichberechtigte Faktoren. Die Haltung der Regierungsvertretung in der gestrigen Sitzung sei eine wenig erfreuliche und es habe aus ihren Worten der Ton geflungen, den die Amtshauptleute in Sachsen gewohnt seien; für die Beratung der Herren Amtshauptleute danke man. Wenn auch der Amtshauptmann und der Bürgermeister nach dem Entwürfe keine Stimme haben sollen, so werden sie doch es verstehen, den entsprechenden Einfluß zu üben. Für die treue deutsche Arbeiterkraft habe er als liberaler Mann Sympathien und er wünscht, daß für sie möglichst viel geldehe. Er freue sich, daß Goldstein erklärt habe, in die Deputation mitzutreten zu wollen, und begrüßt es im Interesse der deutschen Arbeiterkraft. An dem Wahl-

gehe habe auch seine Partei teilgenommen und wenn inzwischen eine Wandlung in den Anschauungen eingetreten ist, dann sei dies eben nur eine erfreuliche Tatsache. Das Entgegenkommen der Konservativen gegenüber den Anschauungen der Nationalliberalen sei ebenfalls sehr erfreulich. Das Wahlrecht müsse weitgehend liberal ausgestaltet werden und in seinem Endziele den Weg zum allgemeinen, gleichen Wahlrechte offen lassen. Redner rückt auch die Aufforderung an die Freisinnigen, bei Ausarbeitung des Wahlrechtes unterstützend mitzuwirken, auf daß ein Wahlrecht geschaffen werde, welches in Sachsen allgemeine Befriedigung auslöse.

Abg. Kunath bemerkt, daß ein Verweis und Interzessionwahlrecht nicht als etwas Abgetanes hingestellt werde. Gerade in der Sozialdemokratie sei ja die Interessenwirtschaft vorherrschend. Diese wäre auch keineswegs zu fürchten, auch wenn zwanzig davon im Landtage lägen. Redner wünscht eine Vermehrung der städtischen Vertreter um zehn Sitze.

Abg. Andrá wünscht, daß ein Wahlgesetz zustande kommen möge, welches segensreich wirke. Er spricht sich gegen verschiedene Bestimmungen in dem Gesetzentwürfe aus, insbesondere wendet er sich gegen eine Bevorzugung der Reserveoffiziere, diese mügen erst beweisen, daß sie es infolge ihrer Bildung zu etwas bringen. Er ergeht sich im weiteren über die Gesetvorlage. Er beantragt die Schaffung von 90 Wahlkreisen und Berücksichtigung städtischer und ländlicher Wahlkreise, Pluralrecht und Altersstimmen usw. Eine Gleichheit der Wähler gebe es nicht, das Reichstagswahlrecht sei für Sachsen unkenntlich. Er beipflichtet die Notwendigkeit der Trennung der städtischen und ländlichen Wahlkreise eingehend. Diese sei ein besonderer Vorzug der sächsischen Wahlrechtsgesetzgebung gewesen, und wenn Preußen an die Forderung des Wahlrechtes gehen werde, dann würde es sicher auf diese Trennung zurückkommen. Redner beipflichtet die Mittelstandsbewegung und ihre Stellungnahme zum Wahlgesetzentwürfe und schließt mit dem Wunsche, daß die Arbeiten der Kammer dem Volke zum Segen gereichen mögen.

Abg. Seltner (nat-lib.) tritt für Vereitigung der Trennung von Stadt und Land und gegen das Kommunalwahlrecht ein. Zum Schluß seiner Rede sagt er, es müßten alle helfen, das Wahlrecht von 1896 durch ein besseres, den Wünschen und Forderungen des sächsischen Volkes mehr entsprechendes zu ersetzen.

Abg. Bär (frei.) beantragt die Zuweisung der von den Freisinnigen gestellten Anträge an die außerordentliche Deputation. Er nennt den Gesetzentwurf ein Angstprodukt vor der Sozialdemokratie.

Abg. Söhnle (kons.) erklärt, daß ein allgemeines gleiches Wahlrecht in Sachsen unmöglich sei. Was dann käme, wenn es eingeführt wäre, könne man sich leicht denken. Wenn Abg. Goldstein erklärt habe, er wolle in der Wahlrechtsdeputation mitwirken, so wolle er nur sehen, wie lange er es aushalten werde. In der vorigen Wahlrechtsdeputation habe er es nicht lange ausgehalten. Als man nicht auf das von den Sozialdemokraten geforderte Wahlrecht zugeworfen, habe er erklärt, er habe in dieser Deputation nichts mehr zu tun. Er stehe auf dem Standpunkte des Wahlrechtsvorschlages, den er in letzter Session gemacht, und hoffe, daß man auf denselben noch zurückkommen werde.

Abg. Starke (kons.) spricht sich für Trennung der städtischen und ländlichen Wahlkreise aus.

Abg. Wittig (kons.) bemerkt, daß man hinsichtlich der Kommunalwahlen nur das Notwendige hervorheben und etwas stark aufgetragen habe. Es sei nicht richtig, daß die Kommunalvertreter eine Art Erster Kammer innerhalb der Zweiten Kammer bilden würden, denn diese würden nicht mehr Recht haben wie die übrigen Abgeordneten. Die Zahl der Kommunalvertreter findet er jedoch zu hoch.

Abg. Dr. Vogel (nat-lib.) spricht gegen die Kommunalwahlen und bezeichnet sie als indirekt, ist aber für die Aufhebung der Trennung in städtische und ländliche Wahlkreise. Selbst wenn im Landtage mehr als die Hälfte von Sozialdemokraten lägen, so würde er und seine Parteigenossen sich nicht fürchten, aber sie würden überstimmt werden. Man möge nicht ein Wahlrecht schaffen, welches zu weitgehend sei, so daß dann eine Reaktion einsetze und das Gegenteil von dem bewirkt würde, was man beabsichtige.

Abg. Sübner (kons.) sagt unter schallender Beifall, daß, wenn Staatsminister Graf Hohenthal die Worte gebraucht habe: „Der Wähler sind genug geschwächt usw.“, er hinzusetzen wolle „mit laßt uns endlich zum Schluß kommen.“ Er ist für die Vermehrung der städtischen Wahlkreise von 38 auf 45.

Abg. Lohner (kons.) sagt, sein Ideal sei das allgemeine Wahlrecht, das sei aber jetzt nicht durchführbar, weil ein Tamm gegenüber der Sozialdemokratie zu schaffen sei. Auch er fürchte nicht die Ueberleitung durch die Sozialdemokratie, denn man habe dann ja noch immer die Erste Kammer. Wenn dann die Sozialdemokraten praktisch mitarbeiten müßten, dann würden sie auch zu anderen Ansichten gelangen.

Abg. Dr. Jöphel (nat-lib.) polemisiert u. a. gegen den Abg. Goldstein. Gerade die intelligente Bevölkerung werde zur Erkenntnis kommen, wie durchführbar und unüberführbar die Bestrebungen der Sozialdemokratie seien. Er bemerkt, daß er nicht zu überzeugen sei von der Notwendigkeit der Trennung von Stadt und Land in der Landesvertretung. Die Politisierung der Wählerschaft soll der Zweck sein, welches das zu schaffende Wahlrecht verfolgt. Der Vorschlag der Regierung hinsichtlich der Proportionalwahl könne nicht in der gegenwärtigen Form angenommen werden. Das neue Wahlrecht solle eine Ueberleitung zu einem freien Wahlrecht sein, und man möge dazu beitragen, die Arbeiter zu überzeugen von der Haltlosigkeit der sozialdemokratischen Lehren. Die Regierung möge den Ausdruck „Abstraktionen“ vermeiden, da man sich damit gegen außen lächerlich mache.

Staatsminister Graf Hohenthal entgegnet hierauf, daß nicht die Regierung einen solchen Ausdruck gebraucht habe, daß aber Sr. Majestät dem Könige es nicht verwehrt